



K u r z b e r i c h t

über die

*84. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 26. November 2008,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:05 Uhr

Der Ausschuss führte mündliche Anhörungen zum Bericht der Landesregierung, **Frauen im Justizvollzugsdienst**, Drucksache 16/2186, und zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Änderung des Landesschlichtungsgesetzes**, Drucksache 16/2179, durch. Einstimmig empfahl er anschließend dem Landtag die Kenntnisnahme des Berichts der Landesregierung, Frauen im Justizvollzugsdienst, Drucksache 16/2186. Er nahm in Aussicht, seine Beratungen zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landesschlichtungsgesetzes in seiner Sitzung am 3. Dezember 2008 abzuschließen

Vor dem Hintergrund weiterer als Tischvorlage vorgelegter Änderungsanträge zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO)**, Drucksache 16/1675, vertagte er seine abschließende Beratung zu dem Gesetzentwurf und zur dazu vorliegenden **Petition Upahl**, Umdruck 16/33156, ebenfalls auf seine Sitzung am 3. Dezember 2008.

Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfahl er dem Landtag, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Deutschland braucht kein FBI: BKA im Bundesrat ablehnen!**, Drucksache 16/2053, abzulehnen.

Er setzte seine Beratungen zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, **Illegaler Datenhandel**, Drucksache 16/2224, fort und nahm in Aussicht, sich im Januar 2009 nach Vorlage eines angekündigten modifizierten Antrags durch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weiter mit ihm zu beschäftigen.

Zum Gesetzentwurf der Landesregierung zum schleswig-holsteinischen **Wohnraumförderungsgesetz**, Drucksache 16/2134, beauftragte er die Geschäftsführerin mit der Auswertung der Stellungnahmen aus der schriftlichen Anhörung. Für die weitere Beratung nahm er Januar 2009 in Aussicht.

Der Ausschuss setzte seine Beratungen zum Thema **Google Street View** aus dem Oktober 2008 fort.

Die Ausschussmitglieder kamen überein, auf ihrer Sitzung am 3. Dezember 2008 über die Themenschwerpunkte für eine schriftliche Anhörung zum Bericht der Landesregierung zum **Schleswig-Holsteinischen Integrationskonzept und zum Nationalen Integrationsplan**, Drucksache 16/2188, zu beraten.

Seine Beratungen zum Gesetzentwurf des Abgeordneten Martin Kayenburg (CDU) zur Änderung des Gesetzes über die **Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung (PIG)**, Drucksache 16/1957, vertagte der Ausschuss.

Mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimme der FDP empfahl der Innen- und Rechtsausschuss dem federführenden Bildungsausschuss, dem Landtag zu empfehlen, den Antrag der **Volksinitiative für die Erhaltung der Realschule**, Drucksache 16/2267, abzulehnen.

Seine abschließende Beratung zum Antrag der Fraktionen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, **Entschließung zum Jugendstrafrecht**, Drucksache 16/1816 (neu), verschob der Ausschuss auf seine Sitzung am 3. Dezember 2008.

Die Ausschussmitglieder kamen außerdem überein, statt ihrer geplanten Sitzung am 17. Dezember 2008 eine Sitzung des Ausschusses am 12. Dezember 2008, 9:00 Uhr, vor der Landtagssitzung durchzuführen.

Schluss: 16:00 Uhr

gez. Dörte Schönfelder